

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 4

Abgeschlossen am 26. April 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Nachhaltige Auswirkungen der sinkenden Preistendenz auf das gesamte Wirtschaftsgefüge

Umgruppierungen auf dem Arbeitsmarkt — Bedenken gegen eine zu großzügige Geld- und Subventionspolitik — Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten — Ernährung — Landwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Schwergewichtsverlagerungen in der internationalen Erdölwirtschaft

Allgemeine Entwicklungstendenzen — Steigender Erdölverbrauch — Die Erdöl-Weltvorräte und -Weltproduktion — Amerikanischer Kontinent — Naher Osten — Sowjetrußland — Andere Gebiete — Die internationale Erdölpolitik — Vorrücken der USA zur ersten Erdölmacht — Englands Stellung als Ölworldmacht — Sowjetrußland

Österreichische Wirtschaftszahlen — Internationale Wirtschaftszahlen

(Genaue Inhaltsangabe auf Seite 136)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Nachhaltige Auswirkungen der sinkenden Preistendenz auf das gesamte Wirtschaftsgefüge¹⁾

Der Preisdruck auf den Warenmärkten hat sich im Berichtsmonat weiter verstärkt. Während die Lage Mitte März noch als labil bezeichnet werden konnte und noch nicht genau abzusehen war, ob das Abbröckeln der freien und „schwarzen“ Preise nach dem Währungsschutzgesetz vielleicht nur eine kurzfristige, die Gesamtwirtschaft nicht wesentlich beeinflussende Übergangserscheinung bleiben würde, hat sich in der Zwischenzeit die Tendenz sinkender Preise auf größere Gebiete des Wirtschaftslebens ausgedehnt und auch vor den „grauen“ und offiziellen Preisen für gewerbliche Erzeugnisse nicht haltgemacht. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die anfangs nur vereinzelt und zögernd vorgenommenen Preissenkungen Triebkräfte zu immer weiteren Preissenkungen ausgelöst haben und daß damit ein selbsttätiger Prozeß angebahnt wurde, dessen Wirksamkeit gegenwärtig noch nicht erschöpft scheint.

Infoolge des zunehmenden Preisdruckes auf den Warenmärkten hat sich der Abstand zwischen den offiziellen Preisen und den Gleichgewichtspreisen eines freien Marktes teilweise bereits so weit ver-

engt, daß die Preise in steigendem Maße wieder die Funktion des Marktausgleiches übernehmen. Der bereits sichtbar werdende Übergang von dem Zustand amtlich genehmigter Höchstpreise, in dem nahezu jede beliebige Menge, die produziert wurde, auch abgesetzt werden konnte, zu den Bedingungen des Preismechanismus, bei dem Preis, Kosten und Gewinnerwartungen der Unternehmer Ausmaß und Richtung der Produktion bestimmen, ist mit bemerkenswerten Wandlungen im Wirtschaftsleben verbunden. Bisher offiziell überhaupt nicht erhältliche Waren werden bereits wieder in verhältnismäßig reichlicher Auswahl und vielfach auch in verbesserter Qualität angeboten. Für die gegenwärtige Lage ist auch charakteristisch, daß der Dienst am Kunden, der lange Zeit stark vernachlässigt worden war, wieder zu Ehren kommt und die Wirtschaft nicht mehr ausschließlich von der Sorge um den Warenbezug beherrscht wird. Der Preisdruck veranlaßt aber auch bereits die Unternehmer, ihre bisherige Kostengebarung zu überprüfen und ihre Betriebsführung zu rationalisieren, womit der erste Schritt zur Erhöhung der tiefgesunkenen Produk-

¹⁾ Siehe *Beilage* Nr. 7 dieses Monatsberichtes: „Das österreichische Preissystem und seine Veränderungen nach dem Währungsschutzgesetz“

tivität getan wird. Auf der anderen Seite hat sich aber auch die Käuferpsychologie unter dem Eindruck der langsam sich füllenden Kaufläden und der sinkenden Preistendenz gewandelt. Das wahllose Einkaufen in der Zeit vor dem Währungsschutzgesetz ist einem sorgfältigen Abwägen der verschiedenen Bezugsmöglichkeiten und einer auffallenden Zurückhaltung beim Kauf entbehrlicher Gegenstände gewichen.

Der Umstand, daß die offiziellen Preise für gewerbliche Erzeugnisse bisher sehr uneinheitlich und vielfach nur unbedeutend gesenkt wurden, läßt sich teilweise aus dem gegenwärtigen Kosten- und Höchstpreissystem erklären, das beinahe für jeden Betrieb besondere Preise festlegt. Obwohl vielfach noch ein Spielraum für Preissenkungen besteht und die sinkende Nachfrage einen solchen Schritt nahelegen würde, scheuen sich noch viele Unternehmer, freiwillig ihre offiziell genehmigten Preise zu senken, weil sie fürchten, bei einer Verschlechterung der Kostenlage oder einer neuerlichen Erhöhung der Nachfrage den früheren höheren Preis nicht mehr genehmigt zu erhalten. Der einzelne Unternehmer ist heute vielfach geneigt, die offiziell genehmigten Preise als eine Größe anzusehen, von der er zunächst selbst bei rückgängigem Absatz nicht abgehen will, solange nicht eine generelle Preissenkung für seine gesamte Wirtschaftsgruppe oder zumindest für sämtliche Betriebe seines Erzeugungszweiges von den Fachorganisationen eingeleitet wird. Der offiziell genehmigte Preis ähnelt damit in seiner Wirkung einem Kartellpreis, der sich gegenüber Nachfrageschwankungen ebenfalls als äußerst stark erweist. Dieses zum Teil psychologisch begründete Festhalten der einzelnen Unternehmer am genehmigten Preis wird außerdem überall dort, wo zwar der Rohstoff, aber nicht das Fertigprodukt bewirtschaftet wird, zusätzlich dadurch begünstigt, daß der Unternehmer eine durch individuelle Preissenkungen vergrößerte Absatzmöglichkeit gegenwärtig nicht ausnützen kann, da seine Produktion durch die ihm innerhalb des Bewirtschaftungssystems zugeteilten Roh- und Hilfsstoffe begrenzt wird. Aus all dem ergibt sich, daß das bisherige Höchstpreissystem nicht nur aufhört, seine inflationsverhütende Funktion zu erfüllen, sondern daß es im Gegenteil immer mehr und mehr ein Hindernis für den erforderlichen Preisanpassungsprozeß zu werden beginnt.

Umgruppierungen auf dem Arbeitsmarkte

Es spricht manches dafür, daß die gegenwärtige Preisentwicklung nur ein Symptom für tieferwirkende Veränderungen im Wirtschaftsgefüge ist,

die sich als Folge der Währungsreform angebahnt haben. Die allmähliche, aber konsequente Ausdehnung des Preisdruckes, angefangen von den stark reagiblen Preisen im Wiener Dorotheum, den Aktienkursen und den „schwarzen“ Devisenkursen über die etwas starrereren Schwarzmarktpreise für Nahrungsmittel bis zu den „grauen“ und den offiziellen Preisen läßt erwarten, daß in weiterer Folge auch der *Arbeitsmarkt* durch die Geldverknappung entscheidend beeinflusst werden wird. Bis Ende März war die Arbeitsmarktlage im großen und ganzen noch ausgeglichen und die Schwankungen hielten sich durchaus im Rahmen der normalen saisonbedingten Entwicklung. Sollten sich jedoch, wie auf Grund der gegenwärtigen Entwicklung nicht ausgeschlossen ist, der Preisdruck auf die offiziellen Preise und der partielle Nachfragerückgang weiter fortsetzen, werden für eine Reihe von Betrieben Arbeiterentlassungen unvermeidlich sein.

Diese Entwicklung wäre indessen keineswegs mit einem Deflationsprozeß zu identifizieren, wenn unter Deflation eine allgemeine, sämtliche Märkte umfassende und sich kumulativ ausbreitende Nachfrageverminderung, verbunden mit einem scharfen Rückgang des Beschäftigungsgrades und des Volkseinkommens, verstanden wird. Die gegenwärtige Lage unterscheidet sich von einem normalen Deflationsprozeß, wie er für die Dreißigerjahre typisch war, wesentlich dadurch, daß sich der Preisdruck nur auf die Güter des entbehrlichen Bedarfs, deren Produktion in der vorangegangenen inflationistischen Entwicklung übermäßig ausgedehnt wurde, erstreckt, während die wirksame Nachfrage nach dringlichen Gütern nach wie vor das Angebot zu offiziellen Preisen bei weitem übersteigt. Der im Zusammenhang mit der Währungsreform nunmehr eintretende — volkswirtschaftlich dringend gebotene — Umgruppierungsprozeß in der Produktion und auf dem Arbeitsmarkt muß daher als ein Phänomen *sui generis* begriffen werden. Diese Erkenntnis ist für die Wahl der zu treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen sehr wichtig. Da gegenwärtig keineswegs in allen Wirtschaftszweigen freie Produktionskapazitäten verfügbar sind und die Produktion nicht nach allen Richtungen hin beliebig ausgedehnt werden kann, würde die Bekämpfung der auf einzelnen Teilmärkten auftretenden depressiven Erscheinungen durch Kreditinjektionen bzw. durch eine allgemeine Erhöhung der Kaufkraft die Gefahr inflationistischer Reaktionen auslösen. Es darf nicht übersehen werden, daß Depressionserscheinungen auf einzelnen Teilmärkten in der gegenwärtigen Situation die volkswirtschaftlich wichtige Funktion erfüllen, die Produktion auf die

gegebene Nachfragestruktur umzuschichten und minder wichtige Produktionen zu Gunsten der dringlichen einzuschränken

Dieser Anpassungsprozeß wird sicherlich nicht ohne Reibungen vor sich gehen. Es darf nicht erwartet werden, daß der Preismechanismus angesichts der relativen Starrheit und der Spezialisierung der Produktionsfaktoren diese Aufgabe allein lösen können. Es wird vielmehr Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, diesen Anpassungsprozeß durch geeignete Maßnahmen zu fördern (durch zielbewußte Umschichtung der Arbeitskräfte, Zuteilung der bewirtschafteten Roh- und Hilfsstoffe unter Berücksichtigung der veränderten Nachfrage, möglichste Durchsetzung des Wettbewerbsprinzips im Rahmen der Bewirtschaftung usw.). Sofern jedoch auf diese Weise die bestehenden Reibungswiderstände nicht zu überwinden sind, könnte die Wirtschaftspolitik auch durch eine bewußte Lenkung der Nachfrage (insbesondere durch Vergebung öffentlicher Aufträge, Gewährung von Überbrückungskrediten, finanzpolitische Maßnahmen usw.) dahin wirken, daß Depressionen auf Teilmärkten auf ein Minimum beschränkt bleiben.

Bedenken gegen eine zu großzügige Geld- und Subventionspolitik

Die gegenwärtige rückläufige Preistendenz, die Klagen über Absatzschwierigkeiten und der akute Geldmangel stehen scheinbar in einem Widerspruch zur Entwicklung des Geldvolumens. Sowohl der Notenumlauf als auch die Einlagen der Kreditinstitute haben seit dem Währungsschutzgesetz ständig zugenommen, wobei ersterer Mitte April bereits die Vier-Milliarden-Grenze überschritten hat. Da die Kreditinstitute relativ liquid sind und darüber hinaus durch die Freigabe eines Teiles der zeitweise gesperr-

ten Einlagen, durch Abhebungen von Konten für Sozialbedürftige und durch die jüngst gewährte Milchsubvention für die Landwirtschaft, die aus dem UNRRA-Fonds finanziert wird, in absehbarer Zeit nicht unerhebliche Geldmittel in die Wirtschaft einströmen, muß mit einer weiteren allmählichen Erhöhung des Geldvolumens gerechnet werden. Die überraschende Tatsache, daß sich trotz der Ausweitung des Geldvolumens eine sinkende Preistendenz durchsetzte, geht nicht nur auf eine gewisse Ausdehnung der Produktion, sondern vor allem darauf zurück, daß die nominelle Zunahme der Umlaufmittel durch eine offenbar psychologisch bedingte Verminderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zunächst überkompensiert wird.

In dieser äußerst heiklen Situation wäre es sehr bedenklich, wenn von der Geldseite her, etwa durch ein weiteres Ausschöpfen der zur Stützung der Währung gehaltenen Reserven für Subventionen, eine Änderung der Erwartungen der Unternehmer und im Zusammenhang damit ein allgemeiner Stimmungsumschwung und eine scharfe Tendenzumkehr hervorgerufen würden. Es wird ohnehin schwierig genug sein, mit zunehmender Liquidität der Wirtschaft und dem unvermeidlich eintretenden Abebben der Preissenkungen die neuen Auftriebstendenzen im Zaume zu halten. Da leider nicht erwartet werden kann, daß die Produktion, insbesondere das Konsumgüterangebot, schon in nächster Zeit groß genug sein wird, die nach wie vor bestehenden Spannungen im Wirtschaftsgefüge weitgehend von selbst zu lösen, erscheint es sehr geboten — trotz der gegenwärtig zu beobachtenden Preissenkungstendenzen auf den Warenmärkten —, die potentiellen Gefahren nicht aus dem Auge zu verlieren, die in einer zu starken Ausweitung des Geldvolumens liegen.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 137—138.

Der *Notenumlauf* zeigt weiter eine leicht ansteigende Tendenz. Einer Erhöhung um 187 Mill. S im Februar folgte im März eine weitere Zunahme um 120 Mill. S. Mitte April wurde erstmalig nach dem Währungsschutzgesetz die Grenze von 4 Mrd. S überschritten. Gleichzeitig mit der Vermehrung des Notenumlaufes verminderten sich im März die *Giroverbindlichkeiten* der Nationalbank um 168 Mill. S. Auffallend ist die starke Abnahme der teilweise gesperrten Giroverbindlichkeiten um 300 Mill. S., die auf die Freigabe flüssiger Mittel zur Deckung der zu erwartenden Barabhebungsansprüche aus Konten für sozial Bedürftige zurückzuführen ist.

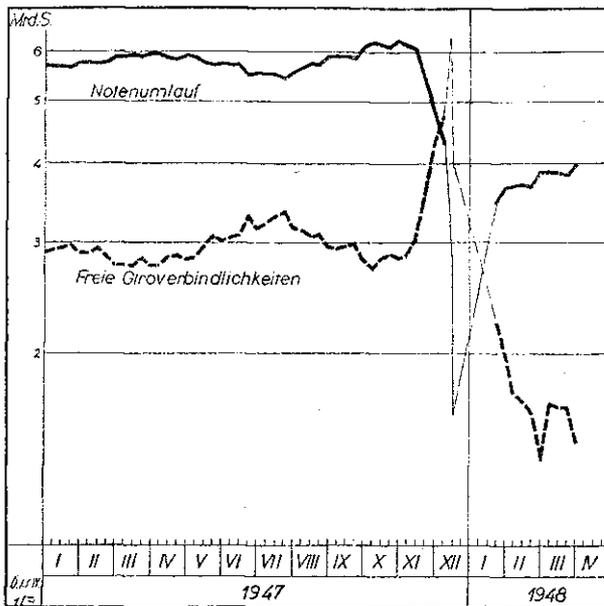
Auch die *Einlagen* bei den Kreditinstituten sind seit dem Währungsschutzgesetz gestiegen. Bemerkenswert ist vor allem die Zunahme der Spareinlagen, die als ein Zeichen des wiederkehrenden Vertrauens zur Währung gewertet werden kann.

Entwicklung an Spar- und Scheckeinlagen

	Spar- einlagen	Scheck- einlagen	Einlagen insgesamt
	Millionen Schilling		
1947 November 1)	960	4 610	5 570
Dezember	882	4 406	5 288
1948 Jänner	892	4 503	5 394
Februar	907	4 545	5 452

1) Freie Einlagen, ohne Sperrkonten und beschränkt verfügbare Einlagen

Abb. 1. Entwicklung des Notenumlaufes und der freien Giroverbindlichkeiten der Nationalbank
(Log Maßstab; absolute Werte in Mrd. S)



Der Notenumlauf zeigt seit dem 23. Jänner 1948 (dem ersten Ausweis nach dem Währungsschutzgesetz) eine leicht steigende Tendenz. Mitte April wurde vorübergehend bereits die 4-Mrd.-Grenze überschritten.

Aus der gleichzeitigen Erhöhung des Notenumlaufes und der Einlagen bei den Kreditinstituten geht hervor, daß die Vermehrung des Notenumlaufes in erster Linie auf eine Kreditausweitung der Kreditinstitute zurückzuführen ist (Eine Erhöhung des Notenumlaufes durch vermehrte Barabhebungen von bestehenden Konten hätte zu einer Verminderung der Einlagen führen müssen). Diese zusätzlichen Kredite konnten die Banken aus ihren durch das Währungsschutzgesetz nicht allzu stark verminderten Liquiditätsreserven gewähren, ohne die Notenbank zu beanspruchen (Der Wechselbestand der Notenbank blieb unvermindert niedrig). Da die Kreditinstitute auch weiterhin noch über relativ hohe Liquiditätsreserven verfügen, hängt die weitere Entwicklung des Geldvolumens weitgehend von der Kreditpolitik der Kreditinstitute ab, ohne daß die Nationalbank in der Lage ist, regulierend einzugreifen.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 139–140

Die Verdienste stiegen auch im Februar bei unveränderten Nettotariflöhnen. Die Divergenz zwischen Tariflöhnen und Verdiensten deutet darauf hin, daß das Arbeitseinkommen nicht nur durch längere Arbeitszeiten und teilweise durch Übergang von Stück- zu Akkordlohn, sondern auch durch indirekte Lohnerhöhungen (Einstufung in besser bezahlte Berufsgruppen) gestiegen ist.

Charakteristisch für die Preisentwicklung in der Berichtszeit war das Übergreifen der Tendenz sinkender Preise auf die offiziellen Preise. Während bis Mitte März nur die Preise auf den freien und „schwarzen“ Märkten auf die Geldverknappung reagierten, setzte sich der Preisdruck ab Ende März auch auf die „grauen“ Preise, vor allem für Gegenstände des elastischen Bedarfs fort und gab den Anstoß für eine Aktion zur Senkung der offiziellen Preise. Tatsächlich wurden bereits für eine Reihe gewerblicher Erzeugnisse, wie für Baustoffe, Papier, Kunstdünger, elektrische Geräte und Apparate, Holzwaren u. a. m., Preissenkungen durchgeführt oder angekündigt.

Die Tendenz sinkender Preise ist jedoch keineswegs allgemein. Bei einer Reihe von gewerblichen Erzeugnissen und vor allem bei Nahrungsmitteln liegt der freie Gleichgewichtspreis noch bedeutend über den offiziellen Preisen. Die sich hieraus ergebenden Preisauftriebstendenzen, die nicht nur von der Nachfrageseite, sondern auch von der Kostenseite her wirksam werden, wurden bei den Agrarpreisen zunächst durch ein Kompromiß abgewendet, in dem man den Landwirten einerseits bei Getreide die Verwertung von Überkontingenten zu höheren Preisen zusicherte und ihnen andererseits eine Subvention für Milch in Höhe von 50 g pro Liter gewährte.

Die Preise für Nahrungsmittel auf dem Schwarzen Markt hielten sich im März im Durchschnitt auf der Höhe des Vormonats. Dagegen sanken sowohl die „schwarzen“ Genussmittelpreise als auch die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum und die „schwarzen“ Devisenkurse.

Die Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema ist erstmalig im April von 367,6 (April 1945 = 100) auf 364,3 gesunken. Gegenüber dem Vormonat haben sich vor allem die Preise für Möbel, Schreibwaren, Wein und Kaffee ermäßigt, während die Mieten durch die Erhöhung der Grundsteuer, sowie saisonbedingt die Preise für Obst und Kartoffeln zunahmen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 141–142.

Der Anteil der Eigenversorgung hielt sich in der 38. Versorgungsperiode mit 49% des Kalorienbedarfes der Nichtselbstversorger (306 Mrd. Kalorien) in Höhe der vorangegangenen Perioden. Eine etwas geringere Bedarfsdeckung bei Zucker und Fett wurde durch erhöhte Mehl- und Fleischlieferungen kompensiert. In der 39. Versorgungsperiode sank die

Eigenversorgung beträchtlich, da sowohl die Vieh-ablieferung als Folge der besseren Futterverhältnisse in der wärmeren Jahreszeit als auch die Getreideaufbringung infolge der Erschöpfung der Vorräte weiter zurückging.

Der Versorgungsplan für die 39. Zuteilungsperiode wies daher zunächst eine Fehlmenge von 4% auf, da id ein Viertel des Fleisch- und 16% des Fettbedarfes nicht gedeckt waren. Durch Fleischlieferungen aus der Canada-Hilfe und durch Bereitstellung von Fett und anderen Nahrungsmitteln durch das USA-Element wurde die Lücke bis auf eine Fehlmenge von 0,3% des Gesamtbedarfes geschlossen.

Neue Versorgungsstörungen wären um so fühlbarer gewesen, als in einigen Bundesländern noch erhebliche Kalorienschulden aus den Vorperioden bestehen. (Die Fleischschulden in Wien wurden allerdings nahezu voll abgedeckt.) Die Versorgungsschwierigkeiten in der kritischen Übergangsperiode bis zur neuen Ernte werden zweifellos durch die bereits auf dem Wege befindlichen Lieferungen im Rahmen des Marshall-Planes sowie durch die in Aussicht genommenen kommerziellen Kartoffeleinfuhren aus der Schweiz erleichtert werden. Die für die 37. Kartenperiode vorgesehene Kalorien-erhöhung dürfte jedoch voraussichtlich erst nach der neuen Ernte verwirklicht werden können.

Die *Ablieferung* heimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse geht weiter zurück. Nur die *Kartoffel*-ablieferung erhöhte sich, was zum Teil auf die gewährten Naturalprämien (Arbeitsanzüge) zurückzuführen sein dürfte. Während im Februar nur rund 3.000 t Kartoffeln aufgebracht wurden, waren es im März rund 9.000 t (als Speisekartoffeln konnten jedoch nur rd. 3.000 t verwendet werden). Ende März waren daher noch über 200.000 t auf das Kontingent ausständig.

Dagegen verminderte sich die *Getreide*ablieferung bei fast allen Getreidearten. Während im Dezember 17.000 t und im Jänner 13.000 t Brotgetreide aufgebracht wurden, verminderte sich die abgelieferte Menge im Februar auf 3.000 t und im März auf 1.956 t. Dadurch hat sich der Rückstand gegenüber dem Vorjahr von Monat zu Monat erhöht und am 31. März bereits 21.000 t erreicht.

Landwirtschaft

Die Witterung war für den *Frühjahrsanbau* und für die Entwicklung der Saaten günstig¹⁾. An den

¹⁾ Im März fielen nördlich der Zentralalpen 170% der Normalniederschläge, im Waldviertel 100% und im Weinviertel 50%. Südlich der Zentralalpen war es sehr

Wintersaaten traten weder Auswinterungen noch Frostschäden auf, doch litten gebietsweise die Saaten durch die Larven des Getreidelaukäfers. Obwohl derzeit über den Umfang des Anbaues von Getreide noch keine Statistiken vorliegen, kann auf Grund von inoffiziellen Schätzungen für die Bundesländer Niederösterreich und Wien eine Ausweitung der Anbaufläche bei Sommerweizen um rund 20% gegenüber dem Vorjahre angenommen werden. Die Anbauflächen der übrigen Getreidearten dürften die des Vorjahres erreichen. Die Vergrößerung der Anbauflächen für Brotgetreide wurde vermutlich dadurch begünstigt, daß die Landwirte auf Grund ihrer Preisforderungen höhere Getreidepreise für die kommende Ernte erwarten.

Nachdem die Forderung nach allgemeiner Erhöhung der Preise für tierische Produkte abgelehnt wurde, entschloß man sich zunächst, für die Dauer eines halben Jahres (von April bis September 1948) der Landwirtschaft eine *Subvention für Milch* in Höhe von 50 Groschen je Liter abgelieferter Milch zu gewähren. Diese Subvention sowie der vorgesehene Beitrag zum Transportkostenausgleich lassen in der nächsten Zeit eine Verbesserung der Milchablieferung erwarten, zumal sich auch der Milchertrag dank der beginnenden Grünfütterung erhöhen wird. Die einseitige (indirekte) Erhöhung des Produzentenpreises für Milch sowie die im Vergleich zu den Körnerfrüchten günstigere Preislage für Zuckerrüben und Kartoffeln würden die Viehwirtschaft zu Lasten des Getreidebaues begünstigen — eine Entwicklung, die angesichts der bestehenden Ernährungsschwierigkeiten nicht zu rechtfertigen wäre —, wenn nicht durch korrespondierende Maßnahmen auch auf die Getreideproduzenten Rücksicht genommen wird (wobei besonders an die relativ günstige Verwertung der Getreideüberkontingente gedacht werden kann).

Dem *Zuckerrübenanbau* kommt, abgesehen von den relativ hohen Preisen für Zuckerrüben, auch der Umstand zugute, daß an Futterrübensaatgut ein ausgesprochener Mangel besteht, während Zuckerrübensaatgut in ausreichender Menge sichergestellt werden konnte²⁾. Der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft geforderte Mehranbau von *Ölsaaten* (Wintererbsen und Rüben wurden wegen

trocken (nur 5 bis 20% der Normalwerte), Lavanttal und Gailtal hatten überhaupt keine Niederschläge (nach Mitteilungen der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien).

²⁾ Allerdings dürfte ein Teil des Saatgutes erst im Mai zur Verfügung stehen (bei Spätsaat sind jedoch geringere Erträge zu erwarten).

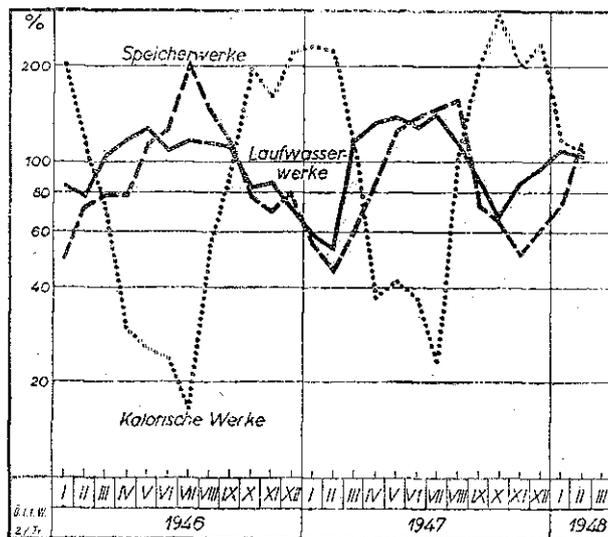
der Trockenheit im Herbst nicht gebaut) wird trotz der Ölprämie nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, Sonnenblumen auf größeren Flächen innerhalb eines begrenzten Gebietes anzubauen und dadurch die Schäden durch Vogelfraß je Flächeneinheit zu mindern.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S 143—144

Die Energielage blieb dank der relativ hohen Kohlenversorgung und der jahreszeitlich bedingten Besserung der Stromerzeugung aus Wasserkraft weiterhin günstig. Die Stromsparmaßnahmen konnten aufgehoben und damit einer der in den Wintermonaten bedrohlichsten Engpässe der industriellen Produktion beseitigt werden.

Abb. 2 Stromerzeugung der Wasser- und Dampfkraftwerke¹⁾
(Logarithmischer Maßstab; ϕ 1946 = 100)



¹⁾ Nur öffentliche Unternehmungen, ohne Bahnkraftwerke und industrielle Eigenanlagen

Dank des milden und niederschlagsreichen Winterwetters 1947/48 war es bereits im Jänner und Februar möglich, relativ große Mengen Wasserkraftstrom zu erzeugen und früher als in den vorangegangenen Jahren den Betrieb der kalorischen Werke einzuschränken.

Die inländische Braunkohlenförderung hat seit Beginn des Jahres 1948 den Vorkriegsstand erreicht und zum Teil sogar überschritten, dagegen bleibt die Steinkohlenförderung noch stark zurück.

Die Kohleneinfuhren waren zwar im März etwas geringer als im Februar, lagen aber noch immer um 41% über dem Durchschnitt des Jahres 1937. Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im März 23% mehr Kohle zur Verfügung als im Jahre 1937. Da sich der Bedarf der kalorischen Kraftwerke, der Gaserzeugung und des Hausbrands

infolge der günstigen Witterung verminderte, konnte die Zuteilung an die Industrie auf 230 000 Tonnen (Steinkohlenbasis), das sind 140% von 1937, erhöht werden.

Kohlenversorgung Österreichs¹⁾

	Inland	Ausland	Insgesamt
	1 000 t		
ϕ 1937	137,5	275,0	412,5
Februar 1947	100,5	131,8	232,3
Februar 1948	129,2	453,8	583,0
März 1948	119,5	387,5	507,0

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis gerechnet

Bei der Verteilung auf die einzelnen Industriezweige erhielten alle Zweige mit Ausnahme der Textil- und der Nahrungsmittelindustrie mehr Kohle als im Jahre 1937.

Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke ist von Februar bis März wieder um rund 20 Mill. kWh gestiegen. Da die Erzeugung der kalorischen Kraftwerke fast unverändert blieb und die Einfuhr um rund 7 Mill. kWh und die Ausfuhr um rund 3 Mill. kWh zunahm, standen für den Verbrauch im Inland im März 24 Mill. kWh mehr zur Verfügung als im Februar, oder 53 Mill. kWh mehr als im selben Monat des Vorjahres.

Stromerzeugung und -verbrauch¹⁾

	Wasserwerke	Dampfwerke	Ins-gesamt	Ausfuhr-überschuß	Verbrauch
	Millionen kWh				
1946 März	207,3	19,9	227,2	+ 17,8	207,6
1947 März	191,2	32,5	223,7	+ 0,3	217,3
1948 März	255,5	32,2	287,7	+ 10,4	270,8

¹⁾ Nur öffentliche Versorgung, ohne industrielle Eigenanlagen und Bahnkraftwerke

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S 145—147

Die gewerbliche Produktion hielt sich im Februar auf Vormonatshöhe. In einigen Zweigen, wie im Bergbau und in der Ziegelindustrie, ging zwar die Erzeugung saisonmäßig zurück. Dies wurde jedoch durch Produktionserhöhungen in anderen Zweigen aufgewogen, so daß der Produktionsindex der Grundstoffindustrien, der im Jänner rund 84% des Jahres 1937 erreicht hatte, im Februar nur um einen Punkt sank. Da die Beschäftigung der im Produktionsindex enthaltenen Zweige weiter stieg, blieb die Produktivität gering und liegt zur Zeit immer noch unter 50% von 1937.

Der bisherige Engpaß der industriellen Produktion, die Energieknappheit, kann zumindest vorläufig als überwunden gelten, nachdem die Kohlenzuteilungen an die Industrie erhöht und auch die Einschränkungen im Stromverbrauch aufgehoben werden konnten.

Indizes der Produktion, Beschäftigung und Produktivität der Grundstoffindustrien¹⁾

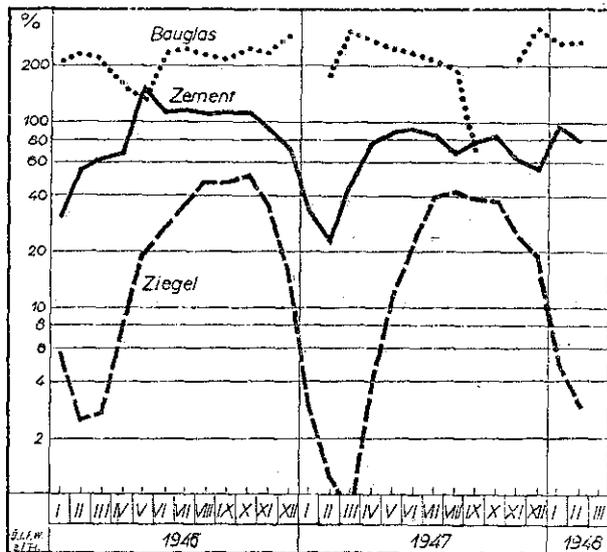
Ø 1937 = 100

	Produktion	Beschäftigung	Produktivität
Ø 1946	58,32	135,46	43,05
Ø 1947	70,73	162,53	43,52
Jänner 1948	83,97	178,13	47,14
Februar 1948	82,76	182,92	45,24

¹⁾ Siehe Fußnote Seite 147 (zu Tabelle „Indizes der Produktion usw.“)

Trotzdem kann in den Konsumgüterindustrien vorläufig noch keine wesentliche Besserung eintreten. Die Textilindustrie wird erst nach dem Eintreffen der im Marshall-Plan und im neuen englischen 1,5-Mill.-Pfund-Kredit vorgesehenen Rohstofflieferungen ihre Produktion steigern können. Die Schuhindustrie konnte zwar im Jänner mit 190 000 Paar Lederschuhen (41% der Erzeugung von 1937) ihre bisherige Höchstproduktion seit Kriegsende erreichen; seither ist jedoch infolge des langanhaltenden Streiks der Schuarbeiter bereits mehr als eine Monatsproduktion ausgefallen.

Abb. 3 Erzeugung der Baustoffindustrie (Logarithmischer Maßstab; Ø 1937 = 100)



Die Erzeugung von Zement und Bauglas konnte auch in den Wintermonaten auf dem im Sommer 1947 erreichten Stand gehalten werden. Dagegen wurde die in hohem Maße saisonbedingte Ziegelerzeugung auch heuer im Jänner und Februar fast völlig stillgelegt.

Anfang April wurde in Linz ein zweiter Hochofen angeblasen, so daß derzeit insgesamt vier Kokshochöfen in Österreich in Betrieb stehen. Dadurch dürfte die Roheisenerzeugung in den kommenden Monaten auf 50 000 bis 60 000 t monatlich steigen und damit bedeutend höher liegen als in irgend einem vergangenen Friedensjahr.

Der volkswirtschaftliche Nutzen des vierten Hochofens ist allerdings relativ gering, denn nicht nur die Kohle, sondern auch das für seine Beschickung erforderliche Erz muß derzeit importiert werden, da die inländische Förderung kaum die drei anderen Hochöfen versorgen kann. Immerhin wird es durch den Export von Stahlplatten möglich sein, die sonstigen Walzwarenexporte etwas einzuschränken und damit Walzwaren für die inländische verarbeitende Industrie freizubekommen. Diese Stahlexporte werden für Österreich allerdings nur noch solange möglich sein, als die Weltmarktpreise für Eisen und Stahl über denen des Inlandmarktes stehen.

Die Roheisenerzeugung ist im Februar und März weiter gestiegen und erreichte mit fast 43 000 und 45 000 t 132 und 138% von 1937. Die Rohstahlerzeugung hat im März mit 49 500 t (91% von 1937) den höchsten Stand seit Kriegsende erreicht, während die Walzwarenerzeugung seit Jänner etwas zurückgegangen ist und im März 77% von 1937 (Jänner 82%) betrug.

Erzeugung der eisenschaffenden Industrie

	Roheisen	Rohstahl in Tonnen	Walzwaren
Ø 1937	32 427	54 143	35 604
Februar 1947	745	13 691	12 002
Februar 1948	42 527	46 766	27 129
März 1948	44 725	49 426	27 584
März 1948 in % des Ø 1937	138,47	91,29	77,47

In der Metallhüttenindustrie hat sich im Februar nur die Erzeugung von Blei um etwa 25% gegenüber Jänner erhöht, während die Aluminiumindustrie erst im März höhere Produktionszahlen aufweisen wird, da die Hütte Ranshofen erst zu Anfang dieses Monats den Betrieb aufgenommen hat.

Gute Fortschritte erzielte die Magnesitindustrie. Bei kaustischem Magnesit und Magnesitsteinen wurden bereits 121% bzw. 136% der Produktion von 1937 erreicht. Auch die Produktion der Papierindustrie konnte mit Ausnahme von Holzstoff etwas erhöht werden. Dagegen hielt der saisonbedingte Erzeugungstiefstand in der Ziegelindustrie weiter an. Erst im März haben die meisten Betriebe wieder mit der Erzeugung begonnen, so daß ab Anfang Mai wieder mit einem größeren Ausstoß zu rechnen ist. Da die Kohlenbelieferung der Ziegelwerke bereits im Jänner und Februar ausreichend war, sind die Produktionsaussichten für dieses Jahr bedeutend günstiger als im Vorjahr. In der kommenden Bausaison werden daher Mauerziegel in ausreichender Menge zur Verfügung stehen, während Dachziegel weiterhin knapp sein werden.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S 148

Die Umsatzentwicklung wird zunehmend durch die Geldknappheit und die Zurückhaltung der Käufer, die Preissenkungen erwarten, beeinflusst. Vor allem bei leichter entbehrlichen Gütern traten im Februar weitere Umsatzrückgänge ein. So verminderten sich die Kleinhandelsumsätze in Wien in der Gruppe „Sonstige Branchen“ um 17%. Aber auch der Umsatz an *Bekleidungsgegenständen* ging trotz des vermehrten Angebotes um 3% gegenüber dem niedrigen Jännerumsatz zurück. Lediglich die Umsätze an *Nahrungsmitteln* blieben unverändert. Ganz allgemein ist die Tendenz zu beobachten, daß die Käufer sorgfältiger in der Auswahl der Waren werden, schlechte Qualitäten ablehnen und die Nachfrage mehr auf unentbehrliche Güter verlagern. Charakteristisch für den bereits deutlich sich abzeichnenden Tendenzumschwung auf den Märkten ist der Rückgang der Theaterbesuche bei gleichzeitiger Zunahme der bedeutend billigeren Kinobesuche.

Vergnügungssteuer in Wien¹⁾
in 1000 S

	Theater	Kino
1947 Dezember	346	1 688
1948 Jänner	241	1 757
Februar	121	1 877

¹⁾ Steuervorschreibung für den betreffenden Monat

Arbeitslage

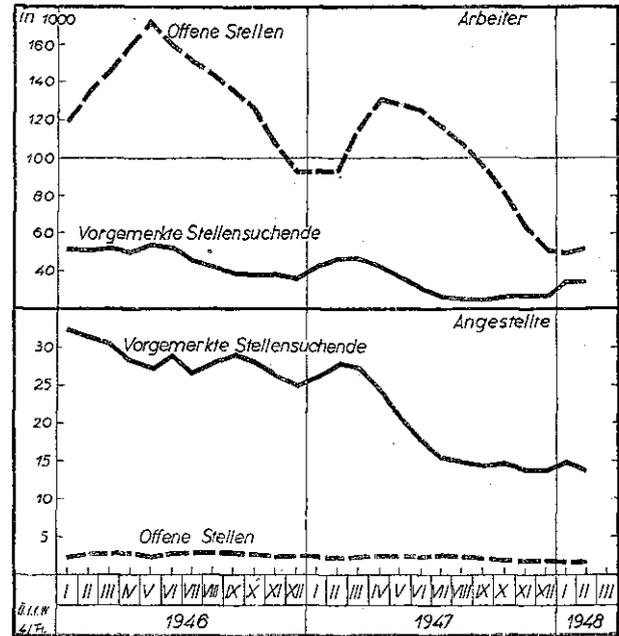
Dazu statistische Übersichten S 149—151

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist gegenwärtig uneinheitlich und labil. Die *Beschäftigten* ziffern zeigen bisher — soweit Daten verfügbar sind — keine deutliche Reaktion auf die Geldknappheit. Die Zahl der Krankenversicherten ging zwar im Dezember und Jänner um je rund 20.000 zurück, erhöhte sich jedoch bereits im Februar, dem Monat, in dem normalerweise die saisonbedingte Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht, wieder um 7.800 Personen. Der Mitgliederstand der Wiener Gebietskrankenkasse ging nur im Dezember geringfügig zurück und stieg bereits im Jänner, trotz gleichzeitiger Erhöhung der Zahl der Stellensuchenden, um fast 10.000 und im Februar um weitere 3.000 Personen.

Auch auf dem *Stellen*markt hielt der Rückschlag vom Jänner nicht an. Die Zahl der Stellensuchenden, die von 40.400 Ende Dezember auf 50.100 Ende Jänner gestiegen war, sank bis Ende Februar wieder auf 48.400 Personen. Gleichzeitig nahm die Zahl der offenen Stellen um 6% zu, allerdings ausschließlich infolge des saisonmäßigen Anstiegs des Landarbeiterbedarfes. Diese Bewegungen auf

Abb. 4 Offene Stellen und vorgemerkte Stellensuchende bei Arbeitern und Angestellten

(Normaler Maßstab; absolute Werte in 1000 Personen)



Während sich die Zahl der Offenen Stellen und Stellensuchenden bei den Arbeitern in den letzten Monaten ziemlich ausgeglichen hat, überwiegt bei den Angestellten — wenn auch nicht mehr im gleichen Umfange wie früher — noch immer bei weitem die Zahl der Stellensuchenden. Die Währungsreform beginnt sich erst langsam auf dem Arbeitsmarkte auszuwirken.

dem Arbeitsmarkt, die sich durchaus im Rahmen der normalen, saisonbedingten Schwankungen hielten, lassen allerdings noch keinen Schluß auf die weitere Entwicklung zu Veränderungen von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte, die in der Gesamtziffer nicht zum Ausdruck kommen, deuten vielmehr darauf hin, daß sich gewisse Verschiebungen anbahnen. Die Geldknappheit hat die Bereitschaft zu arbeiten erhöht, gleichzeitig aber auch die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft vermindert. Dies zeigt sich deutlich darin, daß nunmehr Arbeitskräfte bereit sind, auch Beschäftigungen anzunehmen, für die bisher nur schwer Arbeiter gewonnen werden konnten. So stieg die Zahl der Hausgehilfinnen in Wien zwischen November und Februar von 15.100 auf 16.000, den Höchststand seit Beendigung des Krieges. Auch das Tauernkraftwerk Kaprun konnte im Februar trotz des kälteren Wetters ohne weiteres seinen Arbeitskräftebedarf decken, so daß der Zugang größer war als der Abgang. Auch die Zunahme der Zahl der stellensuchenden Hilfsarbeiter von 6.657 im November auf 10.015 im Februar ist symptomatisch. Die Betriebe, die durch die Geldknappheit zu einer sparsamen und rationellen

Betriebsführung veranlaßt werden, erstrecken ihre Nachfrage immer mehr auf wirklich qualifizierte Kräfte, während die Nachfrage nach Hilfsarbeitern auf das notwendigste beschränkt wird.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 152—155

Die *Güterverkehrsleistungen* der *Österreichischen Bundesbahnen* gingen im Februar um 6% und die *Verkehrseinnahmen* um 10% zurück. Desgleichen verminderte sich der *Personenverkehr* leistungsmäßig um 3% und wertmäßig um 8%. Da die *Betriebsausgaben* gegenüber dem Vormonat unverändert blieben, hat sich die *Betriebszahl* (*Betriebsausgaben* in % der *Betriebseinnahmen*) auf 143,6 verschlechtert. Das *kassenmäßige Defizit* betrug im Februar einschließlich der *Ausgaben für die Behebung von Kriegsschäden* 46,8 Mill. S.

Auch bei der *Wiener Straßenbahn* verminderte sich die Zahl der beförderten Personen, obwohl das *Betriebsnetz* durch *Einschaltung neuer Linien* in den *Verkehrsplan* auf 244,5 km erweitert und der *Wagenbetriebsstand* durch *Reparaturen kriegsbeschädigter Fahrzeuge* etwas erhöht wurde.

Außenhandel

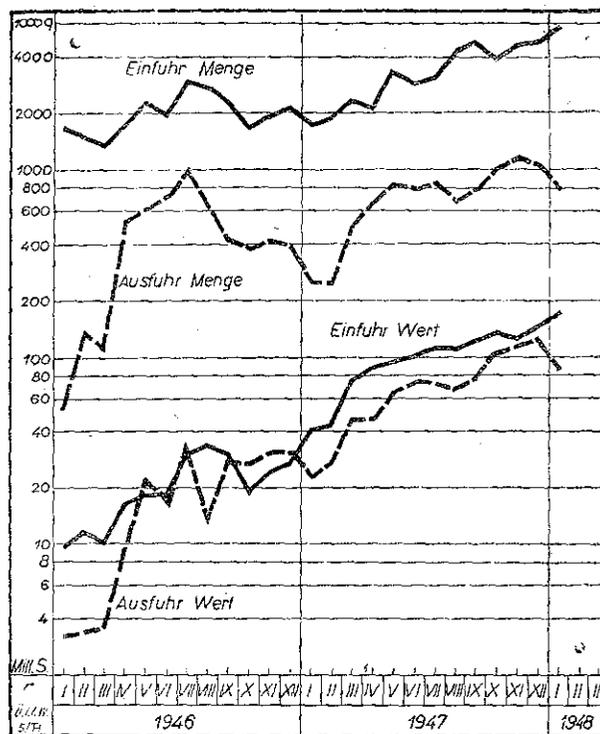
Dazu statistische Übersichten S. 156—157.

Die bis Dezember günstige Entwicklung der *Ausfuhr* wurde im Jänner durch einen starken Rückschlag unterbrochen. Während die *Ausfuhr* seit September ständig gestiegen war und im Dezember bereits 125,2 Mill. S erreichte, sank sie im Jänner um 30% und lag mit 87,3 Mill. S um 15,6 Mill. S niedriger als im Oktober 1947.

Dieser Rückgang des Außenhandels ist teilweise saisonbedingt. Nicht nur im Vorjahr, als die *Energiekrise* das *Wirtschaftsleben* lähmte, sondern auch in normalen *Friedensjahren* ging die *Ausfuhr* im Jänner um 20 bis 25% zurück und erreichte erst im Laufe des *Frühjahrs* wieder den Stand vom *Dezember*. Tatsächlich stieg auch die *Ausfuhr* im Februar wieder, lag aber mit 105 Mill. S nur wenig höher als im Oktober. Der *Außenhandelsrückgang* im Jänner dürfte nicht nur *saisonbedingt* gewesen sein, sondern auch die *wachsenden Schwierigkeiten* widerspiegeln, denen der *österreichische Export* infolge seiner hohen Preise auf den *Auslandsmärkten* begegnet. Es wird daher *besonderer Anstrengungen* bedürfen, wenn das Ziel einer *Minimalausfuhr* von 1.400 Mill. S im Zeitraum *November 1947 bis Oktober 1948* erreicht werden soll. Im *Durchschnitt*

des Trimesters *November bis Februar* wurde infolge der niedrigen *Jänner- und Februarergebnisse* nur eine *Jahresquote* von 1.303 Mill. S erreicht.

Abb. 5. Ein- und Ausfuhr nach Menge und Wert
(Logarithmischer Maßstab; absolute Werte in 1000 q bzw. Mill. S)



Während die günstige Entwicklung der *Einfuhr* auch im *Jänner* anhält, erlitt die *Ausfuhr* zu *Jahresbeginn* einen empfindlichen Rückschlag (wertmäßig um 30%). Die *Ausfuhr* ist aber im *Februar* (und vermutlich auch im *März*) bereits wieder leicht angestiegen.

Im Gegensatz zur *Ausfuhr* stieg die *Einfuhr* im *Jänner* weiter und erreichte die beachtliche Höhe von 167 Mill. S. Dies ist vor allem auf eine stärkere Erhöhung der *Brennstoffeinfuhr* zurückzuführen, die mit 530.200 t den bisherigen Höchststand (*September 1947*) um 23% (wertmäßig um 67%) übertraf. Die *Einfuhr anderer Rohstoffe* blieb entweder unverändert oder ging sogar zurück (*Sämereien* und *künstliche Düngemittel*). Bei der *Fertigwareneinfuhr*, die von 30,3 Mill. S auf 38,9 Mill. S stieg, ist vor allem die *Zunahme in der Einfuhr von Maschinen und Apparaten* (6,3 Mill. S gegenüber 3,9 Mill. S im *Dezember*) ein günstiges Zeichen. Dagegen ist es fraglich, ob die erhöhte *Einfuhr von Kraftfahrzeugen* (2,7 Mill. S gegenüber 1,5 Mill. S) angesichts der großen *Sparsamkeit*, die uns die geringen *Ausfuhrziffern* aufzwingen, gerechtfertigt ist.